



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 15.09.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 20. September 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung eine medizinische Maske zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.07.2022

Bereich Gesundheit

2. 21-F-69-0020

ANLAGE

Mobile Retter

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 1.12.2021 -
- Beschluss Nr. 99 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 05.07.2022 -
- Bericht des Dezernates I vom 16.08.2022 -

3. 22-F-63-0081

Ausbreitung der Affenpocken in Deutschland - Informationen zu Schutzmöglichkeiten und Impfungen in Wiesbaden zeitnah bereitstellen

- Antrag der Fraktionen VOLT, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 14.09.2022 -

In Deutschland sind im Mai 2022 erstmals Fälle von Affenpocken identifiziert worden. Mit Stand 14.09.2022 sind 3.551 Affenpockenfälle aus allen 16 Bundesländern ans RKI übermittelt worden. Davon entfallen ca. 200 Fälle auf Hessen. Die Affenpocken-Fälle in Deutschland stehen im Zusammenhang mit einem Ausbruchsgeschehen, das seit Mai 2022 viele Länder weltweit, insbesondere Europa, betrifft. Das Ausbruchsgeschehen wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 23.7.2022 zur "Gesundheitlichen Notlage mit internationaler Tragweite" erklärt.

Das Robert-Koch-Institut schreibt hierzu auf seiner Website: „Es scheint weiterhin möglich, den aktuellen Ausbruch in Deutschland zu begrenzen, wenn Infektionen rechtzeitig erkannt und Vorsichtsmaßnahmen umgesetzt werden. Informationen zu Symptomen, Übertragungswegen und Schutzmöglichkeiten, u.a. auch die Möglichkeit einer Impfung, sind daher essentiell.“ Laut STIKO sind neben Kontaktpersonen von Infizierten alle MSM impfberechtigt. In Darmstadt sind beispielsweise Informationen zu Affenpocken sowie die niedrigschwellige Möglichkeit zur online Terminbuchung¹ für eine Schutzimpfung vor Affenpocken gut und verständlich aufbereitet.² Leider sind auf Seiten des Gesundheitsamtes in Wiesbaden bisher kaum Informationen zu Infektionszahlen, Schutzmöglichkeiten, Symptomen oder Impfungen gegen die Affenpocken zu finden.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Informationsaktivitäten zum Affenpockenvirus seit Mai 2022 unternommen wurden?
2. wie sich aktuell die Verfügbarkeit des Impfstoffes in Wiesbaden darstellt, wo Impfberechtigte in Wiesbaden eine Schutzimpfung erhalten können und wie viele Impfungen bisher verabreicht wurden?
3. wie viele Fälle von Affenpocken seit Mai 2022 in Wiesbaden aufgetreten sind?

¹ <https://www.terminland.de/gesundheitsamt-dadi/online/Affenpocken%20Impfung/?m=28747>

² <https://www.gesundheitsamt-dadi.de/infektion/informationen-zu-affenpocken/>

- II. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, zeitnah alle verfügbaren Informationen zu Symptomen, Übertragungswegen und Schutzmöglichkeiten (insbesondere zu den Anlaufstellen für eine Schutzimpfung) vor Affenpocken leicht zugänglich, ansprechend und niedrighschwellig im Internet anzubieten und die Informationen stets auf dem aktuellsten Stand zu halten.
- III. Zudem wird der Magistrat gebeten zu prüfen, ob kurzfristig die Umsetzung einer Online-Terminvergabe, vergleichbar mit derjenigen in Darmstadt, auch in Wiesbaden umsetzbar ist.

4. 21-F-20-0018

DL 25/22-1 NÖ

Sachstand zur Beschlussumsetzung Nr. 0008 vom 24.02.2021 (Überprüfung Konsortialvertrag HSK) Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Familie und Kinder (SGI)

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021 -
- **NÖFF-Bericht des Dezernates II vom 12.08.2022 -**

5. 21-A-83-0001

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

6. 22-F-69-0050

Mehr Gewerbeflächen für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 14.09.2022 -

Wie viele deutsche Städte und Kommunen wird auch Wiesbaden in den nächsten Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht mit Herausforderungen konfrontiert. Vor allem die stark steigenden Preise für Strom und Energie werden die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes beeinflussen. Daher muss gerade in diesen Zeiten alles dafür getan werden, dass sich der Unternehmensstandort weiterentwickeln kann. Ein sehr wichtiger Ansatz besteht hier in der vermehrten Ausweisung von Gewerbeflächen, wodurch sich zusätzliche Unternehmen in Wiesbaden ansiedeln können. Darüber hinaus werden wichtige Einnahmen für die Stadt generiert, die sie in jedem Fall brauchen wird.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele Gewerbeflächen derzeit angeboten werden können
2. welche neuen Gewerbeflächen perspektivisch angedacht sind
3. welche Anstrengungen unternommen werden, um in der laufenden Wahlperiode neue Gewerbeflächen zu schaffen.

7. 22-F-63-0078

Gasmangellage und ihre Auswirkungen auf Wiesbadener Unternehmen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke. und VOLT vom 14.09.2022 -

Die Energiekrise trifft auch die Wiesbadener Unternehmen. Neben steigenden Preisen für Energie stellen die Drosselungen der Gaslieferungen die Wirtschaft vor Herausforderungen. Im Juni 2022 hat das Bundeswirtschaftsministerium im Rahmen des Notfallplans Gas die Alarmstufe aktiviert. Sollte sich im Zuge der Heizperiode die Versorgungslage erheblich verschlechtern, kann die Notfallstufe ausgerufen werden. Dann wird die Bundesnetzagentur zum Bundeslastverteiler und regelt in Abstimmung mit den Netzbetreibern, wie das noch vorhandene Gas verteilt wird. Wirtschaftsbetriebe zählen dann, unabhängig davon, ob sie Gas zum Heizen oder für die industrielle Produktion benötigen, zu den „nicht geschützten“ Verbrauchergruppen. Das heißt, sie müssen damit rechnen, dass ihnen der Gashahn abgedreht wird. Dafür sind in enger Abstimmung mit der Stadt und ESWE Versorgung Vorkehrungen zu treffen.

Zugleich sind die Unternehmen gefordert, selbst zur Vermeidung einer Gasmangellage beizutragen und ihre betrieblichen Prozesse energieeffizienter zu gestalten. So sieht eine vom Bundeskabinett beschlossene Verordnung (Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung durch mittelfristig wirksame Maßnahmen (EnSimiMaV)) vor, dass - vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats - Unternehmen mit einem jährlichen Energieverbrauch ab 10 Gigawattstunden ab 1. Oktober 2022 verpflichtet sind, wirtschaftliche Energieeffizienzmaßnahmen durchzuführen. Damit diese auch für den Klimaschutz sinnvolle Vorgabe Wirkung entfalten kann, sollten die betroffenen Unternehmen bestmöglich unterstützt werden.

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

I. zu berichten,

1. in welchem Maße die Wiesbadener Unternehmen von der drohenden Gasmangellage betroffen sind.
2. welche Branchen eine besonders hohe Risikoexposition haben.
3. welche Notfallpläne vorliegen, welche Maßgaben für eine im Notfall greifende Abschaltreihenfolge gelten (Vorgaben der Bundesnetzagentur; lokale Besonderheiten, Systemrelevanz von Unternehmen, Schutz von Maschinen etc) und wie diese in Wiesbaden umgesetzt werden sollen.
4. wie betroffene Unternehmen auf eine eventuelle Abschaltung vorbereitet werden und welche Kommunikationswege sowie Beratungsangebote zur Verfügung stehen.
5. ob und wenn ja welche Maßnahmen zur Reduktion des industriellen Gasverbrauches bereits eingeleitet worden sind und wie die Unternehmen hierbei unterstützt werden.
6. inwiefern die Stadt im Austausch mit den zuständigen Stellen in Bund und Land steht, um die Auswirkung einer Gasmangellage auf die Wiesbadener Wirtschaft zu begrenzen.

- II. im Austausch mit der Wiesbadener Wirtschaft (Verbände und Innungen) zu eruieren,
- 7. ob und wenn ja, welche Fragen und welcher Beratungsbedarf bei den Unternehmen in Bezug auf die geforderten Energieeffizienzmaßnahmen besteht.
- 8. wie die Stadt dazu beitragen kann, durch bestehende Beratungs- und Vernetzungsformate wie Ökoprotit betriebliche Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und damit innovative Weichenstellungen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen.

8. 22-F-63-0079

Auswirkungen der Energiesparvorgaben für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und VOLT vom 14.09.2022 -

20 Prozent weniger Energieverbrauch heißt das Ziel der Bundesregierung für diesen Winter. Zum 1. September traten Sparmaßnahmen in Kraft, die fast jeden betreffen. Weitere Vorschriften sollen am 1. Oktober in Kraft treten. Es wurden zwei Verordnungen auf Basis des Energiesicherungsgesetzes beschlossen, mit denen schon in dieser Heizperiode, aber auch in den kommenden, Energie eingespart werden soll.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1. zu erläutern, welche Maßnahmen Wiesbaden Congress & Marketing GmbH sowohl kurzfristig als auch mittelfristig für die eigenen Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten ergreift, um die Energieeinsparvorgaben zu erfüllen?
- 2. zu erläutern, welche Auswirkungen die Energiesparmaßnahmen z.B. auf die Weihnachtsbeleuchtung, den Weihnachtsmarkt oder den Kinderweihnachtsmarkt haben.
- 3. zu berichten, wie der Planungs- und Umsetzungsstand in Bezug auf eine Eisbahn am Bowling Green für diesen Winter ist.

9. 21-V-05-0028

ANLAGE DL 45/21-6

Sondernutzungsgebühr für Warenauslagen aussetzen

- Beschluss Nr. 615 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2021 -
- Aktueller Sachstand -

10. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

Bereich Digitalisierung

11. 22-F-69-0051

Vorbild Marburg: Online-Banking für E-Signatur nutzen?

- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 14.09.2022 -

In der Universitätsstadt Marburg können die Bürgerinnen und Bürger seit Juni ihren Online-Banking-Zugang bei zwei lokalen Banken nutzen, um für städtische Dienstleistungen ihre E-Signatur zu leisten. Die Legitimierung gegenüber ihrer Bank wird von der Stadt für einzelne Leistungen ebenfalls anerkannt. In einem ersten Schritt wird dieser Service für die Zahlung von Gebühren und Steuern ermöglicht. Später soll das Angebot ausgeweitet werden.

Der Bericht 22-V-15-0009 zum von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG zur Nutzung der digitalen Signatur ist ernüchternd und zeigt, dass diese Möglichkeit kaum genutzt wird - mutmaßlich auch wegen der hohen Nutzungshürden. Die Nutzung der Verifizierung über das Online-Banking, das bereits ein erheblicher Teil der Bürgerinnen und Bürger über Jahre regelmäßig nutzt, kann diese Nutzungshürden spürbar senken.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) mit der Universitätsstadt Marburg Kontakt aufzunehmen, um an den dort gemachten Erfahrungen teilzuhaben,
- 2) bei zufriedenstellenden Nutzerzahlen in Marburg eine Einführung auch in Wiesbaden vorzubereiten und hierfür Kontakt zu regionalen und überregionalen Bankinstituten aufzunehmen.

12. 22-F-63-0080

Nutzung vom Videoident und Online-Ausweis-Verfahren in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen VOLT, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 14.09.2022 -

Seit Jahren gibt es in Deutschland das Videoident-Verfahren, um digitale Identitäten zu überprüfen. Zunächst werden dabei die biometrischen Daten der Gesichter durch die Webcam oder die Kamera eines Smartphones erfasst. Danach wird man mit einem Mitarbeiter oder einer künstlichen Intelligenz verbunden, die darum beten, den Personalausweis nun ebenfalls in die Kamera zu halten. Für eine endgültige Identifikation muss der Ausweis dann gegebenenfalls gedreht und gewendet werden und die Person in die Kamera winken.

Kürzlich konnte der Chaos Computer Club jedoch Sicherheitslücken bei der Videoidentifizierung offenlegen, was dazu führte, dass das System bei den Krankenkassen derzeit nicht mehr zum Einsatz kommt.³ Eine sicherere Alternative ist die Nutzung der Online-Funktionen des Personalausweises. Diese ist vielen Bürger*innen jedoch nicht bekannt und wird auch bei den öffentlichen Verwaltungen zurückhaltend eingesetzt und kaum beworben.

³ <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/chaos-computer-club-entlarvt-schwachstellen-bei-video-identifizierung-a-56db5406-0e7a-4db5-98bc-76a1d6e02682>

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) wo die Videoidentifizierung in der Stadtverwaltung eingesetzt wird?
- 2) ob die Sicherheitslücken auch die Nutzung von Videoident in der Stadtverwaltung betreffen? Falls ja, wie können die Sicherheitslücken geschlossen werden, damit Videoident weiter angeboten und genutzt werden kann?
- 3) wo und wie der Online-Ausweis in Wiesbaden genutzt werden kann oder in der Vergangenheit benutzt werden konnte und welche Erfahrungen damit gesammelt wurden?
- 4) ob in Zukunft eine Nutzung des Online-Ausweises geplant ist? Falls ja, in welchen Bereichen? Welche Maßnahmen/Strategien und ggf. finanziellen Aufwände benötigt es hierfür?
- 5) welche Maßnahmen unternommen wurden, damit die Akzeptanz des Online-Ausweises erhöht und dessen Bekanntheit gesteigert wird?

13. 22-F-15-0015

Facebookauftritt der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 29.08.2022 -

Der hessische Datenschutzbeauftragte kritisierte vor Wochen (Juni 2022) die Facebook - Auftritte von hessischen Kommunen und Behörden und fordert das unverzügliche Abschalten der entsprechenden Seiten.

Der Magistrat möge daher berichten:

1. Wie ist geht die Landeshauptstadt Wiesbaden aktuell mit dieser Information um?
2. Werden die Facebook Seiten städtischerseits weiterhin betrieben oder gibt es aktuell keine Posts?
3. Wie schätzt der Datenschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden die Datensicherheit der Facebook Seiten ein?
4. Welche datensicheren Alternativen zu Facebook sieht die Landeshauptstadt Wiesbaden bzw. der Datenschutzbeauftragte in der Öffentlichkeitsarbeit?

14. 22-F-16-0008

Awareness

- Antrag der Fraktion BLW-ULW-BIG vom 14.09.2022 -

Awareness ist im alltäglichen Umgang mit IT-Systemen eine elementare Sicherheitsmaßnahme und stellt neben der Softwaresicherheit ein Stützpfiler der Sekurität von Daten dar, die immer wieder ins Fadenkreuz von Hackern geraten, wie es z.B. erst kürzlich beim hessischen IT-Dienstleister Count and Care der Fall war⁴.

Die IT-Sicherheit ist schließlich nur so gut, wie der Mensch, der das System bedient. Dies zieht die logische Konsequenz nach sich, ein gewisses Problembewusstsein bei allen Mitarbeitern hinsichtlich dieser Thematik zu generieren. Darauf aufbauend kann man eine Verhaltensänderung hin zu sicherem digitalem Umgang erreichen, was dann ein stabiles Fundament für die Datenhoheit darstellt.

Allerdings stößt die Rhetorik „Mensch als Sicherheitslücke“ auf breite Resonanz, was destruktiv wirken kann. Das Bundesamt für Informationstechnik rückt daher den Menschen in die Position eines Abwehrschirms und empfiehlt eine Reihe von Awareness-Programmen⁵.

Darüber hinaus greifen Großgeschäfte wie z.B. Douglas, Kaufhof etc. auf Softwareprogramme zurück, die Mitarbeitern auf spielerische Art und Weise für Cybersecurity sensibilisieren sollen vor dem Hintergrund, dass die Lernfähigkeit dabei größer sei als bei dem trivialen Vortrag eines IT-Experten.

Der Ausschuss möge beschließen

Der Magistrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat die LHW eine aktuelle Awareness-Methode für städtische Unternehmen bzw. Mitarbeiter derselben, wenn ja wie sieht sie aus? Werden Softwareprogramme eingesetzt wenn ja, welche?
2. Ist dem Magistrat bekannt, ob die LHW seit der letzten Legislaturperiode Opfer einer erfolgreichen Cyberattacke war? Wenn ja, wie sah diese aus und wie ist die LHW dagegen vorgegangen?

Falls es bis jetzt keine adäquate Awarenessmethode/-software geben sollte, die die Mitarbeiter sensibilisiert, wird der Magistrat gebeten eine solche zu entwickeln und diese dem Ausschuss vorzustellen.

15. 21-F-72-0002

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes für Wiesbaden

- Aktueller Sachstand -

16. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/panorama/kriminalitaet-wiesbaden-cyberangriff-auf-it-firma-mit-erpressungsversuch-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220614-99-659979>

⁵ https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Unternehmen-und-Organisationen/Informationen-und-Empfehlungen/Empfehlungen-nach-Angriffszielen/Faktor-Mensch/Awareness/awareness_node.html

Bereich Allgemeines:

17. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **22-F-63-0025** **ANLAGE**

Sachstand der Digitalisierung in Wiesbadener Kitas

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.04.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.07.2022 -

2. **22-F-63-0037** **DL 25/22-5**

To-go und Take-away: Mehrweg voranbringen - Flickenteppich vermeiden

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 10.05.2022 -
- Bericht des Dezernates II vom 30.06.2022 -

3. **22-F-63-0040** **ANLAGE**

Auswirkung der Sanktionen des Ukraine-Krieges auf die Wiesbadener Wirtschaft und
Hilfestellung für Wiesbadener Unternehmen

- Antrag der Fraktion Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 10.05.2022 -
- Bericht des Dezernates II vom 04.07.2022 -

4. **22-F-63-0041** **ANLAGE**

Städtische Beratungs- und Testangebote zur HIV-Infektion und anderen sexuell übertragbaren
Krankheiten

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 10.05.2022 -
- Bericht des Dezernates II vom 26.07.2022 -

5. **22-F-63-0044** **DL 25/22-6**

Tariftreue und Steuergerechtigkeit in der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und VOLT vom 25.05.2022 -
- Bericht des Dezernates IV vom 03.08.2022 -

6. **22-F-63-0049** **ANLAGE**
Tassen Sternschnuppenmarkt
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.06.2022 -
- Bericht des Dezernates II vom 03.08.2022 -
7. **22-F-63-0058** **ANLAGE**
Lightshow oder Drohnen statt Feuerwerk
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.06.2022 -
- Bericht des Dezernates II vom 08.09.2022 -
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 20.09.2022 -
8. **22-F-63-0059** **ANLAGE**
Sachstandsbericht zur Aktualisierung des Bereichsplans nach § 15 Abs. 4 HRDG
- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis90/Die Grünen, SPD und Volt vom 29.06.2022 -
- Bericht des Dezernates I vom 16.08.2022 -
9. **22-F-69-0041** **ANLAGE**
Fotovoltaik Busdepot ESWE Verkehr
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.06.2022 -
- Bericht des Dezernates V vom 25.08.2022 -
10. **22-V-02-8010** **DL 26/22-2**
Erhöhung Zuzahlungen FrankfurtRheinMain GmbH
11. **22-V-15-0008** **DL 28/22-2, 27/22-3**
Aufnahme von vier weiteren Nutzenden (Senioren-, Ausländer- und Kulturbeirat sowie Jugendparlament) in WinKoSi / PIWI
12. **22-V-15-0009** **DL 26/22-5**
Elektronische Unterschrift für den Schriftverkehr mit städtischen Ämtern und die digitale Signatur für Behördengänge

13. 22-V-53-0005

DL 25/22-21

Wahl von zwei ehrenamtlichen Patientenfürsprecherinnen/Patientenfürsprechern nach § 7
Hessisches Krankenhausgesetz

Tagesordnung III - nicht öffentliche Vorlagen -

1. 22-V-02-8003

DL 29/22-2 NÖ

Beitritt zu den Rahmenkooperationsvereinbarungen der Gigabitregion FrankfurtRheinMain

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 20.09.2022 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hoffmann-Fessner
Vorsitzende